

PRESSEINFORMATION

11. Juni 2018

Zusammenarbeit beim globalen Klimaschutz

VCI fordert Einführung eines einheitlichen CO₂-Preises in den G20-Staaten

Bei der Reduzierung von Treibhausgasen sollten für die Industrie weltweit vergleichbare Wettbewerbsbedingungen gelten. Daher setzt sich der Verband der Chemischen Industrie (VCI) für eine global einheitliche Bepreisung der CO₂-Emissionen ein.

Im Rahmen der Eröffnung der ACHEMA 2018, der weltweiten Leitmesse der Prozessindustrie, sagte Utz Tillmann, Hauptgeschäftsführer des VCI: „Zumindest für die Länder der G20-Staaten sollten in der Klimapolitik einheitliche Bedingungen gelten. Denn die G20 verursachen 80 Prozent der globalen CO₂-Emissionen.“ Ein gemeinsamer CO₂-Preis, so Tillmann, könne über ein Emissionshandelssystem wie in der EU oder als einheitliche CO₂-Steuer politisch festgelegt werden.

Eine solche internationale Vereinbarung zu erzielen sei im derzeitigen Umfeld mit dem Ausscheiden der USA aus dem Pariser Klimaabkommen und dem Ausgang des aktuellen G7-Gipfels schwierig. Trotzdem sollten die G20 auf dieses Ziel gemeinsam hinarbeiten. „Für die Rückkehr zu einer konstruktiven internationalen Zusammenarbeit muss die EU geschlossen auftreten. Das gilt für Reaktionen gegen protektionistische Maßnahmen der USA wie auch für die Ausgestaltung der transatlantischen Beziehungen.“

Der VCI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von rund 1.700 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. Der VCI steht für mehr als 90 Prozent der deutschen Chemie. Die Branche setzte 2017 rund 195 Milliarden Euro um und beschäftigte über 453.000 Mitarbeiter.

Kontakt: VCI-Pressestelle, Telefon: 069 2556-1496, E-Mail: presse@vci.de
<http://twitter.com/chemieverband> und <http://facebook.com/chemieverbandVCI>